

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 28.06.2011
im Kreishaus Borken,
Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Anwesend:

Vorsitz:

Magdalene Garvert Rhede

Mitglieder:

Bernadette Aehling	Borken	anwesend bis 19:30 Uhr
Ludwig Artmeyer	Bocholt	anwesend von 17:10 Uhr bis 19:45 Uhr
Josef Berghaus	Schöppingen	
Reinhard Böcker	Ahaus	
Heinz-Josef Elpers	Ahaus	
Hans-Georg Fischer	Ahaus	
Dirk Kappenhagen	Borken	anwesend bis 19:25 Uhr
Bernhard Krasenbrink	Bocholt	
Heinrich Lübbering	Vreden	
Johannes Maus	Velen	Vertretung für Alfons Wissing
Uta Röhrmann	Bocholt	Vertretung für Friedhelm Weikamp
Maja Saatkamp	Borken	
Markus Schulte	Gronau	
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn	
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Gerti Tanjsek	Bocholt	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Hubert Grothues
Roland Schulte
Stefan Pelz
Kordula Blickmann
Edith Gülker
Hiltrud Péron
Peter Nattefort

Gast:

Ulrich Peterwitz Gelsenwasser AG

Es fehlen entschuldigt:

Friedhelm Weikamp Rhede
Alfons Wissing Schöppingen

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzende Garvert eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Da Herr Peterwitz, der Referent zum ersten Tagesordnungspunkt, erst zu späterer Zeit zur Sitzung erscheinen kann, wird der Punkt „Entwurf zum Kompass 2025“ vorgezogen.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Entwurf zum Kompass Kreis Borken 2025 Vorlage: 0164/2011

Frau Garvert erläutert den Stand des Verfahrens und würdigt die Arbeit aller Beteiligten. Sie weist darauf hin, dass in der heutigen Sitzung nur der Themenbereich Umwelt zu beraten sei.

Herr Grothues erläutert den Aufbau der Sitzungsvorlage.

Frau Saatkamp lobt die gute Lesbarkeit der Vorschlagsliste. Allerdings bemängelt sie, dass verschiedenen Vorschlägen der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN nicht gefolgt wurde.

Frau Tanjsek, Herr M. Schulte und Herr Berghaus heben ebenfalls die übersichtliche Aufbereitung der eingereichten Vorschläge positiv hervor.

Gegen den Vorschlag Frau Garverts, die Vorschlagsliste Seite für Seite zu beraten, werden keine Einwendungen erhoben.

Zu U1 wiederholt Frau Saatkamp den Vorschlag, die durch ein Flächenmoratorium zu erzielende reduzierte Flächeninanspruchnahme im Kompass zu erwähnen. Herr Grothues entgegnet, das Wort „Moratorium“ passe begrifflich nicht. Im Übrigen erinnert er, in 2009 sei die Vereinbarung zur Region in der Balance geschlossen worden. Diese befinde sich nunmehr in der aktiven Umsetzung und diene der Zielsetzung des regionalen Flächenmanagements.

Frau Seidensticker-Beining hält eine deutlichere Positionierung des Kreises zugunsten des Erhalts der bäuerlichen Familienbetriebe (U6 Punkt 2) für angebracht. Nach kurzer Diskussion einigt sich der Ausschuss auf einen Vorschlag Frau Pérons, im Kapitel „Wirtschaft“ des Kompass unter „Positionen“ eine Formulierung zur Unterstützung des Erhalts der bäuerlichen Familienbetriebe mit nachhaltiger Landwirtschaft einfließen zu lassen.

Zu U7 unterstreicht Herr Artmeyer die Wichtigkeit des Grundwasserschutzes. Frau Péron bestätigt dies, entgegnet jedoch, im Kompass werde an anderer Stelle noch konkret auf diesen Aspekt eingegangen.

Frau Saatkamp ist der Ansicht, die Einsparpotentiale der Lachgas- und Methangasemissionen sollten im Kompass ausdrücklich benannt werden (U12). Frau Péron erläutert, in der späteren fachlichen Diskussion spiele die genannte Problematik sicherlich eine Rolle, eine Erwähnung im Kompass sei jedoch nicht angezeigt. Herr Artmeyer vermutet, es bestehe Angst vor der ausdrücklichen Nennung des Ausmaßes dieser klimaschädlichen Emissionen im Kompass.

Frau Saatkamp spricht sich dafür aus, die festgestellten Grenzwertüberschreitungen in den Grundwasserkörpern des Kreises im Kompass zu erwähnen (U15). Nach einer Erläuterung

der Stellungnahme der Verwaltung durch Herrn Pelz schlägt Herr M. Schulte vor, die Textstelle im Kompass auf Seite 75 (Punkt Wasser) wie folgt zu ergänzen: „Diesen Standard gilt es auch zukünftig zu sichern und wenn möglich zu verbessern.“ Der Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.

Frau Tanjsek bekräftigt den Vorschlag der SPD-Fraktion, die unter U18 aufgeführten Routen aufzunehmen. Frau Péron stellt klar, die Routen stellen den Weg dar, den die Kreisverwaltung gehen wolle und bildeten damit das Kernstück des Kompass. Eine Aufnahme der vorgeschlagenen Ergänzungen sei nicht angebracht.

Herr Artmeyer ist der Ansicht, die Ausweisung weiterer Überschwemmungsgebiete solle im Kompass festgeschrieben werden (U19). Herr Pelz weist darauf hin, derzeit beständen ausreichende Überschwemmungsgebiete. Einige weitere Gebiete im Bereich kleinerer Gewässer befänden sich momentan im Ausweisungsverfahren. Die Bezirksregierung sei zuständig für die Ausweisung; der Kreis Borken habe auf die Einrichtung notwendiger Überschwemmungsgebiete hingewirkt.

Frau Garvert stellt klar, der Vorschlag U27 sei zu streichen.

Zum Anhang A fordert Frau Tanjsek, eine anzustrebende 100%-ige Energieautarkie des Kreises Borken solle im Kompass verankert werden. Herr M. Schulte entgegnet, der Kompass in der vorliegenden Form biete den Rahmen für eine solche Zielsetzung. Herr Grothues weist darauf hin, bei Photovoltaikanlagen im Außenbereich sowie bei Biomasseanlagen seien im Kreis Borken bereits jetzt Grenzen erreicht. Ein Zahlenwert zum Energieautarkiegrad solle nicht im Kompass genannt werden. Wichtiger sei es, die Energieeffizienz zu erhöhen. Ein Vorschlag Frau Pérons, für die Beratung im Kreisausschuss einen insoweit geänderten Textvorschlag für die Route 6 (Klimaschutzkonzept) zu erarbeiten, findet allgemeine Zustimmung.

Beschluss: einstimmig bei 2 Enthaltungen

Der Ausschuss für Umwelt empfiehlt, die in der Tabelle der Anlage 1 formulierten Vorschläge zur Änderung/Ergänzung des Kompass Kreis Borken 2025 (Kompass 2025) aufzunehmen und diese zur Beschlussfassung an den Kreisausschuss und Kreistag weiterzuleiten.

Folgende Änderungen sind dabei zu berücksichtigen:

1. Im Kapitel „Starke Wirtschaft“ des Kompass ist unter „Positionen“ eine Formulierung zur Unterstützung des Erhalts der bäuerlichen Familienbetriebe mit nachhaltiger Landwirtschaft einfließen zu lassen.
2. Auf Seite 75 (Punkt Wasser) ist der letzte Satz im vorletzten Absatz wie folgt zu ergänzen: „Diesen Standard gilt es auch zukünftig zu sichern und wenn möglich zu verbessern.“
3. Vorschlag U27 ist aus der Vorschlagsliste zu streichen.
4. Für die Beratung im Kreisausschuss ist ein geänderter Textvorschlag für die Route 6 (Klimaschutzkonzept) zu erarbeiten.

**Punkt 2: Grundwasserschutz im Zusammenhang mit Erdgas-Probepbohrungen
Herr Ulrich Peterwitz, Gelsenwasser AG**

Frau Garvert begrüßt Herrn Ulrich Peterwitz von der Gelsenwasser AG, der anhand einer Präsentation zum Grundwasserschutz im Zusammenhang mit Erdgasbohrungen berichtet. Sein Vortrag liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei.

Auf Nachfrage von Herrn M. Schulte stellt Herr Peterwitz klar, dass die Erteilung von Bergbauberechtigungen auf Antrag erfolge. Für die verschiedenen Felder werden nach Eingang entsprechender Anträge bei Vorliegen der Voraussetzungen von der Bergbehörde die entsprechenden Aufsuchungserlaubnisse erteilt; vergaberechtliche Vorschriften seien daher nicht zu beachten. Herr Grothues weist darauf hin, dass als Tischvorlage ein Vermerk der Verwaltung zum rechtlichen Rahmen zur Aufsuchung in Gewinnung von Erdgas ausliegt (Anlage 2 zur Niederschrift). Damit sei ein vom Umweltausschuss bei seiner Sitzung vom 05.04.2011 formulierter Arbeitsauftrag an die Verwaltung abgearbeitet.

Angesichts der von Herrn Peterwitz genannten Zahl von 50 Tonnen wassergefährdender Stoffe, die bei einer Bohrung ins Erdreich gelangen, stellt Herr M. Schulte die Frage, ob dies wasserrechtlich genehmigungsfähig sei. Herr Peterwitz antwortet, es gebe Aussagen, die dies bestreiten. Allerdings werde die Beurteilung dieser Frage dadurch erschwert, dass die Zusammensetzung der Behandlungsflüssigkeiten je nach Vorhaben variere.

Auf Nachfrage von Herrn M. Schulte bestätigt Herr Peterwitz, dass in Nordrhein-Westfalen bei Versagung der wasserrechtlichen Erlaubnis keine Bohrung genehmigt werden könne. Herr Grothues weist in diesem Zusammenhang darauf hin, die Wasserbehörde der Bezirksregierung Münster sei die zuständige Genehmigungsbehörde. Der Kreis Borken werde jedoch im Verfahren beteiligt und verfüge insoweit über Möglichkeiten zur Einflussnahme.

Herr Artmeyer bittet um Informationen über Untersuchungen zu umweltverträglicheren Gewinnungsverfahren. Herr Peterwitz berichtet von Aussagen, nach denen bei Bohrungen in Kohle das enthaltene Gas ohne Fracking austrete. Frau Tanjsek greift die Information von Herrn Peterwitz auf, nach der die Gasreserven aus konventionellen Lagerstätten weltweit noch 130 Jahre ausreichen. Ihrer Ansicht nach sollte es in diesem Zeitraum möglich sein, umweltverträglichere Methoden zu entwickeln, um die unkonventionellen Lagerstätten zu erschließen. Frau Tanjsek überreicht eine detaillierte Aufstellung zu den Inhalten der Behandlungsflüssigkeiten mit der Bitte, diese der Niederschrift beizufügen (sh. Anlage 3).

Herr Grothues sagt außerdem zu, eine Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW zu der Thematik Grund- und Trinkwasserschutz bei Bohrungen nach unkonventionellen Erdgasvorkommen mit der Niederschrift zur Sitzung zu versenden (sh. Anlage 4).

Herr Peterwitz unterstreicht auf Nachfrage von Herrn M. Schulte eine Aussage aus seinem Vortrag, nach der die gesetzliche Verankerung einer Verpflichtung zur Umweltverträglichkeitsprüfung für Erdgasbohrungen höchste Priorität genießen müsste. Nur dann sei eine Einzelfallprüfung aller Aspekte gewährleistet.

Auf Frage von Frau Saatkamp teilt Herr Peterwitz mit, er erwarte das Ergebnis des vom Land NRW in Auftrag gegebenen Gutachtens spätestens im 2. Quartal 2012. Bis dahin würden durch die Bergbehörde keine weiteren Erlaubnisse erteilt.

Herr Grothues informiert, die Firma Exxon habe zu Informationsterminen und einem Dialog auf einer Internetplattform eingeladen (sh. hierzu Anlage 5). Der Kreis Borken habe sich dagegen entschieden, aktiv am Arbeitskreis teilzunehmen. Man werde den Dialog lediglich als Gast verfolgen.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, schließt Frau Garvert den Tagesordnungspunkt ab und dankt Herrn Peterwitz für seinen Vortrag und die Beantwortung der Fragen.

Punkt 3: Stellungnahme des Kreises Borken zur Fortschreibung des Regionalplans Münsterland - Entwurf vom 20.09.2010
Vorlage: 0121/2011

Frau Péron gewährt anhand ausgewählter Folien aus dem Vortrag der Bezirksregierung Münster (Anlage 1 der Sitzungsvorlage) einen Überblick über die Thematik.

Es liegen zwei Tischvorlagen mit Ergänzungen zu der Stellungnahme der Kreisverwaltung aus (sh. Anlage 6 und 7 zur Niederschrift).

Frau Seidensticker-Beining erkundigt sich, ob eine Beschlussempfehlung der Bürgermeisterkonferenz bestehe und diese in die Stellungnahme des Kreises eingeflossen sei. Herr Grothues erinnert, dass alle Stellungnahmen zur Regionalplanfortschreibung bis zum 31.07.2011 abzugeben seien. Der Kreis Borken antworte als eigenständige Kommune. Man habe sich jedoch mit den entsprechenden Schnittstellen abgestimmt. Beispielsweise sei für den Bereich Windkraft ein Stimmungsbild bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden eingeholt worden. Die Stellungnahme des Kreises, so Herr Grothues weiter, sei den Bürgermeistern bekannt. Die nächste Bürgermeisterkonferenz finde am 13.07.2011 statt. Frau Péron ergänzt, die Städte und Gemeinden seien gebeten worden, ihre eigenen Stellungnahmen auch nachrichtlich an den Kreis zu übermitteln. Bis zur Beratung im Kreisausschuss am 14.07.2011 könnten diese noch in die Entscheidung des Kreises einfließen.

Auf Nachfrage Herrn Artmeyers erklärt Herr R. Schulte, der Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde habe bekundet, der Stellungnahme des Kreises Borken zur Regionalplanfortschreibung beizutreten.

Herr Artmeyer teilt mit, er habe eine 4-seitige Stellungnahme erarbeitet, die er an die Fraktionen im Ausschuss verteilen und anschließend beraten lassen möchte.

Frau Garvert bittet um Verständnis, dass ein solch umfangreiches Papier nicht so kurzfristig im Ausschuss zu beraten sei. Sie schlägt stattdessen vor, den Entwurf der Stellungnahme des Kreises Borken (Anlage 3 der Sitzungsvorlage) seitenweise durchzuarbeiten. Die Mehrheit der Anwesenden unterstützt diesen Vorschlag. Frau Garvert bittet Herrn Artmeyer, sich zu den jeweiligen Beratungspunkten zu Wort zu melden, um die Standpunkte seiner Fraktion zu vertreten. Darüber hinaus, so Frau Garvert, könne die Fraktion ihre Stellungnahme auch direkt an die Bezirksregierung Münster abgeben. Herr Artmeyer äußert die Ansicht, eine Beratung der Thematik sei so nicht möglich und verlässt die Sitzung.

Sodann wird der Entwurf der Stellungnahme des Kreises Seite für Seite beraten.

Zu Seite 3 (Kap. III.1 – III.4) spricht sich Frau Saatkamp nochmals ausdrücklich gegen das geplante Interkommunale Gewerbegebiet aus.

Frau Saatkamp regt zu Randnummer 297 auf Seite 5 an, durch die Planung solle einem gewerblichen bzw. industriellem Wildwuchs wie in Gronau-Epe entgegen gewirkt werden. Herr Grothues nimmt vorweg, ein diesbezüglicher Fingerzeig an die Bezirksregierung erfolge auf Seite 7 unter Randnummer 525, 526 ff.

Frau Saatkamp hält es für erforderlich, die unter Randnummer 336-341 auf Seite 6 angesprochenen Konflikte beim Ausbau der Tierhaltung genauer zu benennen. Herr R. Schulte erinnert, der Regionalplan sei als überregionales Steuerungsinstrument zu sehen. Der Kreis Borken weise in seiner Stellungnahme ausreichend auf seine besondere Situation hin.

Auf Nachfrage von Frau Saatkamp erklärt Frau Péron, die Windkraftzonen BOR 14 und 21 seien aus Gründen der Flugsicherheit aufzuheben (sh. Randnummer 563, Seite 9). Nach Ansicht Frau Saatkamps könne der nördliche Teil der Zone BOR 21 bestehen bleiben. Frau Péron weist an dieser Stelle darauf hin, dass in der Flächennutzungsplanung der Gemeinden

sehr viel genauer geplant werde und der Kreis hier nur über begrenzten Handlungsspielraum verfüge.

Zu Randnummer 381 (Seite 12) weist Herr Stilkenbäumer darauf hin, die Gemeinde Reken stelle 10% der Flächen „Bereich zum Schutz der Natur“ im Kreis Borken. Dies sei ein überproportional hoher Anteil. Hinzu komme die erforderliche Flächenbereitstellung im Zuge des Ausbaus der B 67 in Reken.

Herr R. Schulte informiert, die Anlage 4 zur Sitzungsvorlage (Kartendarstellung der Abgrabungsbereiche) werde aufgrund neuerer Planungserkenntnisse noch variiert. Die dargestellten Bereiche würden verkleinert.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Frau Garvert über die Sitzungsvorlage abstimmen.

Beschluss: 13 Ja-Stimmen
 1 Nein-Stimme

Der Ausschuss für Umwelt stimmt der als Anlage 3 beigefügten Stellungnahme des Kreises Borken an die Bezirksregierung Münster zur Fortschreibung des Regionalplans Münsterland inklusive der zwei Ergänzungen aus der Tischvorlage zu.

Punkt 4: Landschaftsplanung im Kreis Borken - Landschaftsplan "Raesfeld"
a) Beratung und Beschlussfassung über die von den Trägern öffentlicher Belange und privaten Einwendern vorgetragene Anregungen, Bedenken und Hinweise
b) Satzungsbeschluss
Vorlage: 0162/2011

Herr Grothues erläutert die Sitzungsvorlage. Aus der anschließenden Diskussion ergibt sich, dass die Ausschussmitglieder die rechtliche Situation sowie die eingegangenen Anregungen und Bedenken umfassend geprüft haben. Dies lässt sich Frau Garvert nochmals ausdrücklich bestätigen.

Beschluss: zu a) einstimmig
 zu b) einstimmig

- a) Über die im Rahmen der Offenlegung von den Trägern öffentlicher Belange und den privaten Einwendern vorgetragene Anregungen, Bedenken und Hinweise wird entsprechend den in den Anlagen 1 und 2 aufgeführten Vorschlägen beschlossen.
- b) Der Landschaftsplan "Raesfeld" wird als Satzung beschlossen. Gleichzeitig wird der Satzungsbeschluss vom 13.07.2010 aufgehoben.

Punkt 5: Teilnahme des Kreises Borken am European Energy Award (eea)
Vorlage: 0157/2011

Frau Gülker berichtet anhand der Sitzungsvorlage.

Herr M. Schulte begrüßt die Teilnahme des Kreises Borken am eea. Allerdings schlägt er vor, die Benennung von Personen für das Energieteam zunächst in den Fraktionen zu beraten.

Auch Frau Seidensticker-Beining unterstützt die Teilnahme am Projekt. Sie akzeptiert die von Herrn M. Schulte vorgeschlagene Vorgehensweise.

Beschluss: einstimmig

1. Der Kreis Borken nimmt am European Energy Award (eea) teil.
2. Die Benennung von Personen für das Energieteam wird zunächst in den Fraktionen diskutiert. Eine Beschlussfassung erfolgt im Kreis Ausschuss.

Punkt 6: Brand im Amtsvenn
Antrag der SPD-Fraktion vom 08.06.2011
Vorlage: 0151/2011

Herr R. Schulte berichtet anhand zweier Vermerke, die als Tischvorlage ausliegen (sh. Anlage 8 und 9 zur Niederschrift).

Punkt 7: Biogasanlagen
Antrag der SPD-Fraktion vom 08.06.2011
Vorlage: 0152/2011

Frau Garvert verweist auf eine Tischvorlage, in der die Thematik von der Verwaltung erläutert werde (sh. Anlage 10). Herr Grothues ergänzt, mit der Niederschrift zur Sitzung werde zudem eine Information des Umweltbundesamtes zu EHEC versandt (Anlage 11).

Frau Saatkamp spricht sich dafür aus, das Genehmigungsverfahren für Biogasanlagen im Ausschuss für Umwelt zu behandeln. Herr Grothues verdeutlicht, dass diese Genehmigungen gebundene Entscheidungen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz darstellen. Er bietet an, in einer der kommenden Sitzungen über den Verfahrensablauf zu informieren.

Punkt 8: Mitteilungen der Vorsitzenden

keine

Punkt 9: Mitteilungen der Verwaltung

Frau Blickmann teilt mit, der Bundesrat habe im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur Novellierung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) am 27.05.2011 eine Stellungnahme zum vorliegenden Entwurf beschlossen. Hierbei habe der Bundesrat überwiegend die kommunalen Positionen eingenommen. Es werde insbesondere an der Definition der gewerblichen Sammlung Kritik geübt. Weiter werde zur Zulässigkeit gewerblicher Sammlungen auf den jetzigen rechtlichen Rahmen unter Beachtung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 18.06.2009 verwiesen. Als nächstes habe sich der Bundestag mit der Novelle des Gesetzes zu befassen.

Mit der Novellierung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, so Frau Blickmann weiter, werde auch die Einführung einer Wertstofftonne festgeschrieben. Um sich dem Thema zu nähern, werde auch im Kreis Borken eine Konzeption zur Wertstofffassung und -verwertung erarbeitet. In diesem Zusammenhang habe die EGW eine Informationsveranstaltung zum Entwurf des KrW-/AbfG aus kommunalwirtschaftlicher Sicht

veranstaltet. In dieser Veranstaltung seien die rechtlichen Ausgangsvoraussetzungen und die kommunalen Handlungsoptionen bei der Installierung einer Wertstofftonne vorgestellt worden. Auf dieser Basis sei von der EGW ein Leitfaden zur Erarbeitung eines Konzeptes zur Wertstoffeffassung und –verwertung im Kreis Borken entworfen worden, welcher nun mit den Vertretern der Kommunen erörtert und abgestimmt werden solle. Der Leitfaden werde als erstes der Kommission Abfallwirtschaft und anschließend den Bürgermeistern vorgestellt. Das genannte Konzept solle auch in das 2011 fortzuschreibende Abfallwirtschaftskonzept des Kreises Borken eingearbeitet werden.

Herr Pelz weist auf eine Tischvorlage zu den wasserwirtschaftlichen Erkenntnissen aus dem Rekordregen im August 2010 im Kreis Borken hin (Anlage 12 zur Niederschrift).

Punkt 10: Anfragen

Frau Seidensticker-Beining regt an, Vertreter verschiedener Verbände in den Ausschuss für Umwelt einzuladen, die über die Problematiken des Imports und des Vertriebs von genmanipulierten Sojaprodukten berichten. Herr Grothues kündigt in diesem Zusammenhang an, der Ausschuss für Umwelt werde seine nächste Sitzung einen landwirtschaftlichen Betrieb in Ahaus-Alstätte besichtigen. Frau Garvert schlägt vor, zunächst die genannte Bereisung abzuwarten. Möglicherweise könnten bei dieser Gelegenheit verschiedene Fragen erläutert werden. Frau Seidensticker-Beining ist hiermit einverstanden.

Vorsitzende Garvert schließt die Sitzung um 20:30 Uhr.

gez.

Magdalene Garvert
Vorsitzende

Peter Nattefort